

---

**Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte**

Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris

(Institut historique allemand)

Band 1 (1973)

DOI: 10.11588/fr.1973.0.46148

---

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

REINHARD PATEMANN

DIE BEZIEHUNGEN BREMENS ZU FRANKREICH BIS  
ZUM ENDE DER FRANZÖSISCHEN HERRSCHAFT 1813

Nur einen winzigen Ausschnitt aus dem in mehr als einem Jahrtausend gewebten Netz historischer Wechselbeziehungen zwischen den beiden Nachbarn Deutschland und Frankreich, mit ihrem faszinierenden Prozeß friedlichen Gebens und Nehmens, aber auch mit ihrer Tragik von Haß, Zerstörung und Feindseligkeit bilden die Verbindungen zwischen dem Staate im Westen Europas und der Handels-, Hanse- und späteren Freien Reichsstadt an der Weser. Unstreitig sind es zwei recht ungleiche Partner, was ihre politische Macht und ihr wirtschaftliches Potential betrifft; die Rolle eines mehr oder minder ohnmächtigen Objekts, oder um es mit den freundlicheren und gleichzeitig herablassenden Worten eines französischen Diplomaten aus dem Jahre 1797 auszudrücken<sup>1</sup>, die eines schwachen Kindes, das der hilfreichen Hand bedurfte, scheint Bremen in unserem Zusammenhang von Anfang an vorbestimmt und es hat sie in vielen Fällen spielen müssen. Daß ihm daraus andererseits nicht nur Nachteile erwachsen, und daß es schließlich, fern jeder totalen Einseitigkeit, doch auch seinerseits zuzeiten aktiv und selbstbewußt dem großen westlichen Nachbarvolk gegenüberzutreten konnte, das wird, so hoffe ich, aus der folgenden Übersicht hervorgehen.

Den Beginn der bremisch-französischen Beziehungen markiert kein exaktes Datum.<sup>2</sup> Es gibt auch kein herausragendes Ereignis, das ihn, wenn schon nicht selbst darstellen, so doch symbolisieren oder sinnfällig machen könnte. Wenn ein Münzfund aus dem vorigen Jahrhundert in der Umgebung Bremens Tournosen König Ludwigs des Heiligen und König Philipps des Schönen von Frankreich enthielt, so kann man daraus allein natürlich noch nicht mit Sicherheit auf einen direkten Handelsverkehr zur Zeit jener Herrscher, für das 13. und beginnende 14. Jahrhundert, schließen, denn diese Münzen könnten sehr wohl auf indirektem Wege, auf welchem auch immer, an den Fundort gelangt sein. Im-

<sup>1</sup> Carl Friedr. Reinhard; zit. nach Walter VOGEL, Die Hansestädte und die Kontinental Sperre, Pflingstblätter des Hansischen Geschichtsvereins 9 (1913) S. 10.

<sup>2</sup> Zum Folgenden vgl. Karl H. SCHWEBEL, Bremens Handelsbeziehungen zum Königreich Frankreich. Jahrbuch der Wittheit zu Bremen II (1958) S. 205 ff.

merhin darf man aus ihnen wohl ablesen, was wir ohnehin vermuten würden: daß nämlich auch Bremen damals nicht abgeschnitten gewesen ist vom Flusse des allgemeinen deutsch-französischen Handels, dessen Ursprünge ja noch weiter zeitlich zurückreichen. Eine wohlbegründete Vermutung dürfte das insbesondere deshalb sein, weil wir für den gleichen Zeitraum schon auf Beziehungen der norddeutschen Hansestädte zu Frankreich treffen, mag der Name Bremen auch in diesen Quellen noch nicht auftauchen. So finden wir etwa 1290 und 1294 Lübecker Kaufleute auf dem Wege von Brügge in die Champagne, deren Messen weithin berühmt waren, und am Ende des 13. Jahrhunderts gibt es Zeugnisse für Handelsverkehr über See zwischen Hamburg und Lübeck einerseits, den Häfen der westfranzösischen Atlantikküste, insbesondere La Rochelle, andererseits. Zugleich aber ist das Fehlen des Namens Bremen in dieser Periode ein erstes Zeichen für die später eindeutig belegbare Tatsache, daß der Handel der Stadt mit Frankreich eigentlich immer ein relativ geringes Volumen umfaßte, gering sowohl im Vergleich mit anderen Handelsgebieten unserer Stadt selbst, wie den Niederlanden und Norwegen, als auch im Vergleich zum Frankreichhandel anderer Hansestädte, etwa Hamburgs.

Haupthandelsgut in den seit Mitte des 14. Jahrhunderts sich intensivierenden kommerziellen Beziehungen der Hansestädte zu Frankreichs Hafenplätzen am Atlantik und am Kanal, an denen seit dem Ende des saeculums nun auch bremischer Anteil belegt ist, war das Salz.<sup>3</sup> Gewonnen insbesondere in den kleinen Orten der Flachküste an der Bay von Bourgneuf im Herzogtum Bretagne aus den »Marais salants«, nahm es auf hansischen Schiffen seinen Weg als begehrter Exportartikel in die Ostsee. Wenn in der Folgezeit diese sogenannte »Baienfahrt« zeitweise erhebliche Rückschläge erlitt, so war das wesentlich die Schuld Bremens. Wie so oft, so ist auch in den Beziehungen Bremens zu Frankreich der erste Vorfall, von dem die Quellen ausführlicher berichten, eine Feindseligkeit und ihre Folgen.<sup>4</sup>

Während eines Seekrieges gegen die Niederlande hatten bremische Kaperschiffe, die im Kanal holländischen Prisen auflauerten, 1446 vor Dünkirchen auch – man weiß nicht, ob aus Versehen oder mit Absicht – einen französischen Holk aufgebracht, der unglücklicherweise auch noch Eigentum der Königin Marie v. Frankreich war. Da nun Bremen die – zugegebenermaßen übertriebenen – Schadensersatzforderungen Frankreichs für diesen Neutralitätsbruch beharrlich ablehnte, entstand daraus

<sup>3</sup> Vgl. A. AGATS, *Der Hansische Baienhandel*, Heidelberg 1904.

<sup>4</sup> Vgl. O. HELD, *Die Hanse und Frankreich von der Mitte des 15. Jahrhunderts bis zum Regierungsantritt Karls VIII.*, *Hansische Geschichtsblätter* XVIII (1912) S. 121 ff.; ferner Wilhelm v. BIPPEN, *Geschichte der Stadt Bremen*, Bd. I, Bremen 1892, S. 337 ff.

ein langer Konflikt, der den Handel der gesamten Hanse in den westeuropäischen Gewässern schwer schädigte, da die französischen Kaper ihre Vergeltungsmaßnahmen nicht auf bremische Schiffe beschränkten. Obwohl die übrigen Städte, die sich zu Recht als unschuldige Opfer fühlten, Bremen ständig zum Nachgeben drängten, kam es erst nach dem Regierungsantritt König Ludwigs XI. 1461 zu einer Einigung. Indessen blieben auch in der Folgezeit die Beziehungen verworren; nach einem 1464 den Hansestädten gewährten Privileg des Königs, das ihnen Schutz und Handelsfreiheit garantierte, brachen im Verlauf der französisch-englisch-burgundischen Kriegswirren erneut Feindseligkeiten aus, und trotz mancher Bemühungen auf hansischer wie französischer Seite ließ ein diesmal endgültiger Friedensschluß bis 1483, bis zum Jahr eines abermaligen Regierungswechsels, auf sich warten. König Karl VIII. gewährte den Hansen dann außerdem abermals ein großzügiges Handelsprivileg, auf dessen Grundlagen sich die wirtschaftlichen Beziehungen in den folgenden Jahrzehnten reibungslos abwickelten.

Gewitzigt durch die unliebsamen Erfahrungen fast eines halben Jahrhunderts, waren die Hansestädte sorgsam darauf bedacht, sich auf rein merkantile Verbindungen zu beschränken und jedes Übergreifen in den politischen Bereich zu vermeiden.<sup>5</sup> Das war weder selbstverständlich noch immer leicht, denn schon Ludwig XI. hatte versucht, die Hanse als beträchtlichen maritimen Machtfaktor in seine politischen Pläne einzubeziehen und sie durch eine förmliche Allianz an sich zu binden. Seine Nachfolger wiederholten dieses Ansinnen mehrfach, und es bedurfte beträchtlicher diplomatischer Künste, die Verärgerung zu beschwichtigen, die die Weigerung der Hansestädte jedesmal hervorrief. Besonders brisant und zugleich nicht ohne Attraktivität war das letzte uns bekannte Angebot dieser Art, das ein Gesandter König Franz I., Nicolas de Rustichy, 1533 den Hansestädten unterbreitete. Die Mission ist zu sehen im Rahmen des jetzt ganz Europa umspannenden Machtkampfes zwischen Frankreich und dem Habsburger Reich Kaiser Karls V., zugleich im Zusammenhang mit den beginnenden Religionswirren in Deutschland. Dabei unterstützte der französische König, selbst gut katholisch, die gegen Katholiken und Kaiser sich wehrenden protestantischen Stände – zu ihnen zählten ja auch Bremen und die übrigen norddeutschen Hansestädte. Im vorliegenden Fall schien es den Städten aber doch nicht geraten, sich mit dem Feind von Kaiser und Reich einzulassen, obwohl Rustichy Verlockendes anbot: In Lübeck versprach er praktisch ein Handelsmonopol und ein befristetes Ausbeutungsmonopol für die Salzstätten. Über seinen Aufenthalt in Bremen gibt es in den Akten zwar keine der-

<sup>5</sup> Zum folgenden vgl. SCHWEBEL a. a. O. S. 209 ff., und Staatsarchiv Bremen 2-B.10.a.1.

artigen konkreten Angaben, aber er dürfte vertraulich durchaus ähnliches angeboten haben. Trotzdem mußte er mit leeren Händen nach Paris zurückkehren. Immerhin erneuerte Franz I. auch ohne Gegenleistung 1536 das Privileg von 1483, und sein Nachfolger Heinrich II. bestätigte es 1552.

Für die folgenden Jahrzehnte blutiger Religionskriege in Frankreich, die seine außenpolitische Kapazität weitgehend lähmten und sicher auch an seinen Handelsbeziehungen nicht spurlos vorübergegangen sind, sagen uns die Quellen nichts Wesentliches über Kontakte zu Bremen. Erst die rastlose diplomatische Tätigkeit Heinrichs von Navarra, des späteren Henri Quatre, bezog wieder den deutschen Protestantismus und damit auch die Hansestadt an der Weser als Helfer im Kampf gegen die katholische Partei in ihr Konzept ein.

Kein Geringerer als der Präsident seines geheimen Rats, Jacques de Ségur, traf Ende 1583 in seinem Auftrag in Bremen ein. Wie die anderen Gesprächspartner auf seiner diplomatischen Reise durch das protestantische Europa, so sollte er auch den Rat zu Bremen für des Königs Plan einer Annäherung von Lutheranern und Reformierten durch eine gemeinsame allgemeine Synode interessieren. Indes auch Ségur hatte nicht mehr Erfolg als 50 Jahre vor ihm Rustichy: Mit einer höflich-unverbindlichen Antwort, die einer Ablehnung gleichkam, mußte er wieder abreisen und hatte, am Rande bemerkt, noch dazu den Ärger, sich vorher mit übertriebenen Forderungen seines Bremer Gastwirts auseinandersetzen zu müssen.

Bittere Notwendigkeit trieb trotz dieser unangenehmen Erfahrungen sechs Jahre später abermals eine Gesandtschaft des Bourbonen auch an die Ufer der Weser. Wohl hatte er inzwischen den Thron Frankreichs bestiegen, doch war seine Herrschaft von der Partei der Guisen aufs höchste bedroht. So entsann er sich wieder der Glaubensbrüder im Norden Deutschlands (noch war er ja nicht konvertiert); seine Gesandten Nicolas de Harlay de Sancy und Jacques Bongars sollten um der evangelischen Solidarität gegen den katholischen Feind willen Geld zur Aufstellung eines deutschen Söldnerheeres erbitten. Doch die im schmeichelhaften Handschreiben des Königs angesprochenen *Tres chers et bons amies* aus Bremen waren auch diesmal nicht gewillt, den französischen Wünschen entgegenzukommen. Unter allerlei fadenscheinigen Ausflüchten lehnten sie ab. Nachdem auch Hamburg und Lübeck kühl abgesagt hatten, schrieb Bongars voll Ärger, er habe es offensichtlich zu tun mit »*marchans, qui ne voyent pas plus loing que leur nez*«. <sup>6</sup>

Da indessen im Laufe des Jahres 1590 unter ständiger französischer Einwirkung sich die Stimmung unter den deutschen protestantischen

<sup>6</sup> Zit. bei SCHWEBEL ebd. S. 212.

Ständen zugunsten einer Hilfe für König Heinrich änderte und die Aufstellung eines Unterstützungsheeres beschlossen wurde, kam Anfang 1591 abermals auf Bremen eine Bitte zur Beisteuer zu. Angesichts der Tatsache, daß deutsche Fürsten ihr diesmal Nachdruck verliehen, willigte der Rat trotz der unveränderten Ablehnung durch die im Gegensatz zu Bremen ja lutherischen Städte Hamburg und Lübeck schließlich ein und gab ein Darlehen von 4572 Gulden an Frankreich, mit 5% zu verzinsen, rückzahlbar innerhalb von 3 Jahren. Die Hauptschuldverschreibung ist im Archiv noch vorhanden.<sup>7</sup> Die anfängliche Abneigung und Skepsis des Rates erwies sich jedoch als nur zu berechtigt. Denn Heinrich IV., 1593 zum Katholizismus konvertiert, machte trotz immerwährender Mahnungen nicht die geringsten Anstalten zur Rückzahlung, ebensowenig seine Nachfolger, obwohl bremische Gesandte in Paris, für 10 Jahre sogar ein eigens besoldeter Parlamentsadvokat, sich ständig darum bemühten. Hatte man französischerseits anfangs noch hinhaltende Entschuldigungen für nötig gehalten, so würdigte man spätere Vorstellungen – die letzte erfolgte 1671 – überhaupt keiner Antwort mehr. Es war dies quasi ein erster Vorgeschmack der horrenden »verlorenen Zuschüsse« zu Frankreichs Finanzen 200 Jahre später, von denen noch die Rede sein wird. Wenigstens aber erneuerte der König 1604 die von seinen Vorgängern den Hansen erteilten Privilegien.

1654 – inzwischen bestand die schon seit längerem an Macht wie an Mitgliederzahl ständig schrumpfende Hanse nur noch aus den Städten, die auch heute noch Hansestädte heißen, nämlich Hamburg, Bremen und Lübeck – erreichten eben diese Städte sogar einen förmlichen Schifffahrts- und Handelsvertrag, der außer den früheren Privilegien den Grundsatz der Meistbegünstigung umfaßte und die Anerkennung des Prinzips »Frei Schiff, frei Gut« enthielt, d. h. das Recht, in Kriegszeiten unter neutraler Flagge Waren der kriegführenden Mächte, ausgenommen Konterbande, zu befördern. Es war dies ein für den Handel der Hansestädte ganz zentraler Punkt, auf den wir später noch nachdrücklich zurückkommen müssen. Bei den kriegführenden Nationen selbst ist dieses Recht der Neutralen stets umstritten gewesen, und so hat sich auch nach Auslaufen des Vertrags 1669 das inzwischen vom Protektionismus Colberts beherrschte Frankreich geweigert, dieses Recht erneut zu gewähren, ja überhaupt einen neuen Vertrag zu schließen. Während der ganzen weiteren Regierung Ludwigs XIV. dauerte dieser vertraglose Zustand an. In den vielen Kriegen dieser Periode stand das Reich auf Seiten der Gegner Frankreichs. Die hansische Schifffahrt, deren neutralen Status weder Frankreich noch

<sup>7</sup> StAB. 1-Bs 1592 Mai 18.; Quittung des Königlichen Kämmerers Balthasar Gobelin v. 1. Juni 1591 StAB 2-R.1.A.10.d.2.c.1.

die übrigen Seemächte dauernd und durchgreifend wirksam anzuerkennen gewillt waren, während auch das Reich nur gelegentlich nach zähen Verhandlungen und für kürzere Frist auf seine Handelsverbote zu verzichten sich bereit zeigte, so etwa 1705,<sup>8</sup> ohne doch irgend einen Schutz auf See gewähren zu können, litt in diesen Jahrzehnten auch unter den Angriffen französischer Kaper auf das schwerste.

Aber noch auf andere Weise als hierdurch wurde Bremen von der Politik des Sonnenkönigs berührt.<sup>9</sup> Nach dem Tode König Philipps IV. von Spanien 1665 trachtete Frankreich danach, – sei es diplomatisch oder mit Gewalt – in den Besitz eines Teils der spanischen Niederlande zu gelangen. Dabei spielte auch die seit dem Westfälischen Frieden auf Norddeutschland ausgedehnte Macht Schwedens eine wesentliche Rolle. Schweden seinerseits hatte sich damals gerade die Lösung der sogenannten »bremischen Frage« zum Ziel gesetzt, d. h. es versuchte, durch Verhandlungen, Drohungen und schließlich mit Gewalt sich in den Besitz der seit 1646 reichsunmittelbaren, im Westfälischen Frieden 1648 daher nicht mit dem ehemaligen Erzbistum zusammen ihm ausgelieferten reichen Hansestadt Bremen zu setzen. Fast alle europäischen Mächte waren 1666 im diplomatischen Spiel engagiert; Frankreich und seine Gegner konnten im verwirrenden Wechsel der Fronten Schweden keinesfalls außer Acht lassen, und für Schweden war die Gewinnung Bremens von höchstem Prestigewert. Der Marquis de Pomponne, Gesandter des Sonnenkönigs am Hof zu Stockholm, sah in der bremischen Frage »une affaire capable de soulever toute l'Allemagne et d'y faire perdre les anciennes alliances de la France et de la Suede«.<sup>10</sup> Die französische Diplomatie bemühte sich deshalb, auf eine Lösung dieser Schlüsselfrage in für Schweden möglichst günstigem Sinne hinzuwirken und sich Schweden dadurch zu verpflichten; der zu diesem Zwecke an die Weser entsandte Sondergesandte Millet mußte freilich zur Kenntnis nehmen, daß die Schweden inzwischen, beeindruckt vom erbitterten militärischen Widerstand der Stadt selbst wie auch besonders von den aufmarschierten Truppen der Braunschweiger Herzöge, die zu Gunsten Bremens zu intervenieren drohten, mit der Stadt den Frieden von Habenhausen abgeschlossen hatten, der den Status quo ante bestehen ließ. Doch tat Millet in der Folgezeit alles nur Mög-

<sup>8</sup> Vgl. dazu Karl H. SCHWEBEL, Bremens Beziehungen zu Kaiser und Reich, vornehmlich im 18. Jahrhundert, Veröffentlichungen a. d. Staatsarchiv der freien Hansestadt Bremen, Heft 14, Bremen 1937, S. 130 ff.; Wiegand v. HASSELN, Die Politik der Reichsstadt Bremen während des Spanischen Erbfolgekrieges und des Nordischen Krieges (1700–1720), Diss. Bonn 1933, S. 42 ff.

<sup>9</sup> Vgl. BIPPEN a. a. O. Bd. III (1904) S. 122 ff., bes. S. 152 ff.

<sup>10</sup> Zit. nach der Rezension der Memoiren POMPONNES (publiés par J. MAVIDAL, Tome 2, Paris 1861) durch Hermann A. SCHUMACHER im Brem. Jb. Bd. 1, 1863, S. 244–252, Zitat S. 249.

liche, Schweden zu nützen, als einige Zwischenfälle die Ratifikation des Vertrages hinauszögerten, und er wirkte auch mit an den Subsidien-Abmachungen zur Stärkung der militärischen Macht Schwedens zwischen Elbe und Weser. Gegen die Stadt Bremen hat sich diese Macht dann allerdings in der Folgezeit nicht mehr gewandt.

Diplomatisch rettete die Politik Ludwigs XIV. dann 1679 nochmals die Stellung Schwedens in Norddeutschland,<sup>11</sup> als es militärisch bereits von einer übermächtigen Koalition geschlagen war und die Herzogtümer Bremen und Verden hatte räumen müssen; und damit durchkreuzte Frankreich auch Hoffnungen Bremens, von den Siegern territorial und staatsrechtlich einiges zurückzugewinnen, was man den Schweden nach 1648 hatte gewähren müssen, um wenigstens die Selbständigkeit zu wahren.

Die Aufhebung des Ediktes von Nantes 1685 trieb tausende französischer Protestanten in die Emigration. Von dieser Welle wurde auch Bremen gestreift, das schon seit dem Anfange des 17. Jahrhunderts eine kleine Anzahl französischer Protestanten beherbergte.<sup>12</sup> Etwa 600–700 dieser Refugies kamen jetzt, z. T. auf Einladung bremischer Bürger, die für sie Geld gesammelt hatten, in die Hansestadt, wo sie, wie andernorts auch, zunächst eine eigene, rechtlich allerdings nicht autonome, kleine Kolonie bildeten und bis 1748, in stark eingeschränkter Form bis um die Jahrhundertwende, eine selbständige Kirchengemeinde mit eigenem Prediger hatten. Im übrigen war der Rat bestrebt, sie nicht zu einem »Staat im Staat« werden zu lassen, sondern möglichst schnell zu integrieren. In der zweiten Generation war dies zumeist schon geschehen; von überwiegend bürgerlicher Herkunft, belebten sie Gewerbe und Handwerk und brachten in die niederdeutsche Bedächtigkeit einen Schuß gallischen Temperaments. Von einem dieser Hugenotten sei noch besonders die Rede. Jean Baptiste Broebes, Architekt, bewarb sich 1685 um die Ausführung des Baus der später sogenannten Alten Börse und erhielt, trotz des Widerstandes der eingesessenen Konkurrenz, den Zuschlag unter Übernahme in den Staatsdienst als Ratsbaumeister. Der in französischem Barock errichtete Bau unmittelbar neben dem Rathaus zeigte deutlich den Einfluß von Versailles. Die Vollendung des über 10 Jahre sich hinziehenden Projektes hat Broebes freilich nicht mehr abgewartet, sondern sich 1692 gegen den Willen des Rats nach Berlin abgesetzt, wo er als Professor an der Akademie der Schönen Künste gewirkt hat. Bremen hinterließ er ein markantes Zeugnis fran-

<sup>11</sup> Vgl. BIPPEN a. a. O. Bd. III, S. 189 ff.

<sup>12</sup> Vgl. Otto VEEK, Geschichte der Reformierten Kirche Bremens, Bremen 1909, S. 232 f.; 238 ff.; Wilhelm BEULEKE, Herkunft und Berufe der Hugenotten in Bremen, Brem. Jb. 38 (1939) S. 22 ff.; Joh. Fr. IKEN: Die wallonisch-französische Fremdegenmeinde in Bremen (Geschichtsbll. d. Deutschen Hugenotten-Vereins Heft 8) Magdeburg 1892.

zösischer Baukultur, das bis ins 19. Jahrhundert hinein nach dem Urteil von Reisenden als schönstes Gebäude der Stadt galt. Ein Brand zerstörte es 1888. Das zweite Werk Broebes' in Bremen, das 1688 ebenfalls in typischen französischen Barockproportionen errichtete Weserbrückentor, fiel schon 1838 der Spitzhacke zum Opfer.<sup>13</sup>

Nach dem Tode des Roi soleil 1715 eröffneten sich auch dem Handel mit Frankreich wieder günstigere Auspizien.<sup>14</sup> Der 1716 mit der Regierung des Regenten Philipp v. Orleans abgeschlossene Handelsvertrag räumte den Hansestädten, was die Abgaben betraf, Gleichstellung mit französischen Untertanen ein, eximierte sie insbesondere vom »droit de frêt« (Faßgeld); desgleichen wurde wieder die Meistbegünstigung gewährt und die Formel »Frei Schiff, frei Gut« anerkannt. Schließlich setzten geheime Artikel sogar die Neutralität der Hansestädte für den Fall künftiger Kriege zwischen dem Reich und Frankreich fest – der Handel sollte wie in Friedenszeiten weitergehen. Diese hochwichtige Klausel blieb freilich das 18. Jahrhundert hindurch nur begrenzt wirksam, da das Reich nach wie vor auf die Avocatorien grundsätzlich nicht verzichtet hat. Erst unter den veränderten Verhältnissen der Jahrhundertwende schien sich die Aussicht zu bieten, sie wirklich zu realisieren.

Im Handelsverkehr zwischen Bremen und Frankreich hatte sich inzwischen eine Gewichtsverschiebung vollzogen. Das Salz aus der Bretagne, dessen Gewinnung sich seit dem 16. Jahrhundert von der Bay von Bourgneuf zunehmend in die Gegend von Brouage südwestlich von Rochefort verlagert hatte, wurde vom deutschen Markt allmählich durch das qualitätsmäßig bessere Salinensalz aus Lüneburg bzw. das billigere Seesalz aus Schottland und Spanien verdrängt. Die Transporte hörten nach und nach fast auf. An ihre Stelle trat mit dem Beginn des 17. Jahrhunderts der Import französischen Weins und Branntweins. Haupthandelshäfen dieses neuen Zweiges waren Rouen, Nantes, La Rochelle, Bayonne und besonders Bordeaux. In Bremen beobachten wir in dieser Zeit die Herausbildung einer selbständigen Weinhandelsbranche, vereinzelte ihrer Mitglieder ließen sich bereits in den genannten französischen Häfen nieder.<sup>14a</sup> Es darf allerdings nicht übersehen werden, daß der Um-

<sup>13</sup> Vgl. Rudolf STEIN, Bremer Barock und Rokoko (= Forschungen z. Geschichte der Bau- und Kunstdenkmäler in Bremen, Bd. 3) Bremen 1960, S. 102 ff.; Joh. FOCKE: Die alte Börse und ihre Erbauer. Brem. Jahrbuch 16 (1892), S. 131 ff.

<sup>14</sup> Vgl. SCHWEBEL, Handelsbeziehungen, S. 214 ff.; Hans Jürgen v. WITZENDORFF, Beiträge zur Bremischen Handelsgeschichte in der 2. Hälfte des 18. Jahrhunderts, Brem. Jahrb. 43 (1951), S. 342 ff.; bes. S. 349 ff.

<sup>14a</sup> Über persönliche, soziale und wirtschaftl. Beziehungen der Bremer Kaufmannschaft zu Frankreich im 16. und 17. Jahrhundert finden sich interessante Einzelheiten bei Ruth PRANGE, Die bremische Kaufmannschaft des 16. und 17. Jahrhunderts in sozialgeschichtlicher Betrachtung (Veröffentl. a. d. Staatsarchiv der Freien Hansestadt Bremen, Heft 31) Bremen 1963, passim.

fang dieses Handels im Verhältnis zu dem Hamburgs noch immer gering war, (das Verhältnis belief sich auf etwa 1 : 10), so gering, daß Bremen sich an den Verhandlungen 1716 nicht aktiv beteiligte, hartnäckig den Hamburgern einen Unkostenbeitrag für ihre Verhandlungsführung verweigerte und selbst den abgeschlossenen Vertrag nur widerwillig ratifizierte.

Schon wenig später dürfte man sich aber eingestanden haben, daß die erreichte Regelung auch beträchtliche Unkosten wert war. Mochte der Vorsprung Hamburgs auch nicht aufzuholen sein, (am Ende des Jahrhunderts war das Verhältnis 1 : 4) so entwickelte sich unter den günstigen Bedingungen des Vertrages, die niedrigste Frachtraten möglich machten, jetzt auch für Bremen eine Art boom. Seine Schiffe brachten Zucker und Kaffee aus Französisch-Westindien von Frankreich an die Weser, vor allem aber Wein, Wein aus der Gegend von Bordeaux. Das Hauptkontingent dabei bildeten nicht so sehr die Spitzenqualitäten, sondern große Mengen der »petits vins« oder »vins paysans«, die ihrer großen Qualitätsschwankungen in Lage und Jahrgang wegen noch verschnitten und gelagert werden mußten. Hierin entwickelten Hamburgs und Bremens Weinfirmer eine wahre Meisterschaft; durch Verschnitt mit spanischen Weinen, nochmalige Gärung und Lagerungszeiten von bis zu 30 Jahren in eigenen Gewölben erzielte man eine stabile Qualität, die im Verein mit den trotz guter Gewinnspannen noch immer billigen Preisen den »Bordeaux« in Norddeutschland geradezu zu einem Volksgetränk werden ließen, von dem das traditionelle Bier völlig verdrängt wurde; eine zeitgenössische französische Quelle formulierte schon 1730, wenn auch wohl etwas übertrieben: *On y boit des vins du Rhin, le commun peuple boit du vin de Bordeaux.*<sup>15</sup> Bordeaux-Wein in der Bedeutung einer Marke für den deutschen Markt entstand so eigentlich erst in Hamburg und Bremen. Einige der damals gegründeten Weinhandelshäuser pflegen diese Tradition noch heute, so Buxtorf, Wichelhausen u. Co. (gegr. 1704) und Hagendorff u. Grote (gegr. 1711). Über 80 000 hl. Wein wurden Ende des Jahrhunderts jährlich aus Frankreich importiert, 1780 standen 98 bremische Schiffe im Dienst dieses Handels, (desgl. 1799) davon liefen 44 Bordeaux an (1790 waren es 51). Der Wert der französischen Exporte nach Hamburg und Bremen überstieg den nach allen übrigen Ländern zusammen bei weitem.

Diese goldene Zeit bremisch-französischen Handels wurde um die Jahrhundertmitte fühlbar, wenn auch nicht nachhaltig unterbrochen durch den Siebenjährigen Krieg.<sup>16</sup> Wohl war Frankreich diesmal auf Seiten des

<sup>15</sup> Mémoire sur le commerce de Bordeaux; zit. nach SCHWEBEL, Handelsbeziehungen, S. 222 Anm. 29.

<sup>16</sup> Vgl. BIPPEN a. a. O. III, S. 230 ff.

Reiches, und es gab daher kein Handelsverbot. Doch war das bis in die Stadt hineinreichende hannoversche Territorium reichsfeindliches Land und damit auch Ziel militärischer Landoperationen der Gegner Preußens, Hannovers und nicht zuletzt des mit Hannover verbundenen England. Zu dessen Gegnern aber zählte hier vornehmlich Frankreich, das mit England in Übersee erbittert um die Vorherrschaft auf dem Meer, in Amerika und Indien kämpfte und die Engländer auf dem alten Kontinent wenigstens in den hannoverschen Erblanden ihres Königshauses treffen wollte. Diesen wiederum standen unter anderem als Repressalie die Mittel einer Seeblockade zu Gebote. Die Neutralität und Handelsfreiheit der Reichsstadt waren demgegenüber nur ein ohnmächtiger Anspruch. Die Stadt erlebte hier sozusagen ein Vorspiel dessen, was ihr um die Wende des Jahrhunderts widerfahren sollte, gerade auch im Hinblick auf Frankreich, das Bremens Blüte in beiden Fällen zugleich förderte und bedrohte. Im August 1757, auch das gehörte zum Vorspiel, besetzten französische Truppen nach ihrem Siege bei Hastenbeck die Hansestadt unter fadenscheinigen Vorwänden – der Rat riskierte, anders als vor 90 Jahren gegen Schweden, angesichts der mangelhaften Verteidigungsbereitschaft keinen Widerstand. Wohl zogen sie – die ersten französischen Soldaten in der Geschichte der bremisch-französischen Beziehungen, die die Stadt in ihren Mauern dulden mußte – nach 2 Wochen wieder ab, doch hatten die Stadtväter vorher dem Oberbefehlshaber Herzog v. Richelieu, der eigens deswegen ihnen persönlich die Ehre gab, ein »don gratuit« von 60 000 Talern gewähren müssen. Sie erkaufte damit nur eine Atempause. Zwar war auch die Sperrung der Weser durch die Engländer wieder aufgehoben, aber es gab ständig Truppenbewegungen in unmittelbarer Nähe, und schon im Januar 1758 forderten die Franzosen unter dem Herzog de Broglie abermals Einlaß, den der Rat zähneknirschend gewährte: Diesmal wurden sie auch von der Bevölkerung offen feindselig empfangen; England sperrte prompt wieder die Weser; und die Blockade dauerte auch noch weiter an, als de Broglies Nachfolger Graf de Saint-Germain Ende Februar wieder abzog. Denn in – absichtlicher oder unbeabsichtigter – Verkennung ihrer Ohnmacht bezichtigten Hannoveraner und Engländer die Stadt der Zusammenarbeit mit den Franzosen und behandelten sie dementsprechend. Erst Monate später war die Weser wieder frei. In der Folgezeit schuf der Kriegsverlauf noch mehrmals bedrohliche Situationen, auch wenn französische Besetzung und englische Blockade nicht wiederkehrten; daß die Stadt nicht mehr war als ein Spielball der Mächte, dessen blieb sie sich immer bewußt, und erst der Friedensschluß 1763 erlöste sie aus ständiger Gefährdung.

Fast drei Jahrzehnte blühenden Frankreichhandels folgten, und der Ausbruch der Französischen Revolution und ihre Folgen für Europas au-

ßenpolitische Konstellationen schienen zunächst Bremens Handelskonjunktur sogar noch weiter in ungeahnte Höhen zu treiben.

Im folgenden Vierteljahrhundert prägte der große Nachbar im Westen nicht nur das Gesicht eines neuen Europa, er prägte auch das Geschick der alten Handelsmetropole an der Weser. Er führte sie auf den kurzen Höhepunkt einer beispiellosen Blüte und dann hinab in Stagnation, Krise, Gewalt und Unterdrückung. So eng im Guten wie im Bösen sind die Bindungen Bremens an Frankreich vorher und nachher nie wieder gewesen.<sup>17</sup>

Die revolutionären Ereignisse von 1789 fanden hier in Bremen, wie anderwärts in Deutschland, starke Resonanz; und zwar war die Resonanz bis in die herrschenden Kreise hinein durchweg freundlich. Wohl waren die Verfassungsverhältnisse der Stadt alles andere als demokratisch; der sich aus einer schmalen Schicht selbst ergänzende Rat, jetzt häufig auch Senat genannt, herrschte souverän, und dem Bürgerconvent, einer keineswegs repräsentativen, vom Rat in vieler Hinsicht abhängigen Notabelnversammlung, waren nur geringe Einwirkungsmöglichkeiten gegeben. Das barg die Gefahr von Spannungen in sich, und sicherlich nicht ganz zufällig gab es gerade im Jahre 1789 in Bremen einen kleinen Verfassungskonflikt, als der Bürgerkonvent in einer sachlich nicht sonderlich bedeutenden Angelegenheit stärkere Mitwirkung als bisher forderte und auf den ablehnenden Bescheid des Senats die für bremische Verhältnisse geradezu umstürzlerische Ansicht äußerte »*Alles in der Welt ist zum ersten Male geschehen, und daß es zum ersten Male ist, kann nicht zum Grunde wider dasselbe angeführt werden*«. <sup>18</sup> Die Sache verlief nach längeren Querelen jedoch ergebnislos im Sande. Ein Anlaß zur Besorgnis mußte es dem Senat ferner sein, daß um die gleiche Zeit Gesellenunruhen ausbrachen; es kam zu Streiks und Tumulten, und erst Militär konnte die Ordnung wieder herstellen; mochten die Motive auch nicht politisch sein, so konnte sich doch der Senat nicht verhehlen, daß die Nachrichten und Ideen aus Frankreich auch für Bremen eine zumindest potentielle Gefährdung der alten Obrigkeit darstellten, besonders falls etwa eine direkte Unterstützung Unzufriedener durch französische Stellen oder gar eine französische militärische Aktion hinzuträten.

<sup>17</sup> Zum Folgenden insges. vgl. Hermann TIEMANN, Hanseaten im revolutionären Paris (1789–1803) = Zeitschr. des Vereins f. Hamburg. Geschichte 49/50 (1964) S. 109 ff.; Alfred KÜTHMANN, Bremen und die französische Revolution, Brem. Jahrb. 15 (1889) S. 200 ff.; die einleitenden Abschnitte bei Georges SERVIÈRES, L'Allemagne française sous Napoleon I., Paris 1904; für die Bremische Außenpolitik bis 1803 und ihre Probleme ferner besonders die ausgezeichnete und wohlfundierte Arbeit von Hans WIEDEMANN, »Die Außenpolitik Bremens im Zeitalter der Französischen Revolution 1794–1803«, = Veröffentl. aus dem Staatsarchiv der Freien Hansestadt Bremen, Heft 28, Bremen 1960. Außerdem BIPPEN a. a. O. III. S. 269 ff.

<sup>18</sup> Zitiert bei WIEDEMANN a. a. O. S. 26.

Auf der anderen Seite übte der Senat seine Macht im wesentlichen gerecht und patriarchalisch aus, Übergriffe gab es nicht und sachlichen Vorstellungen gegenüber war man nicht unzugänglich; außerdem konnte man sich durch eine alte republikanische Tradition, das Fehlen von Monarchie, Hof und Adel dem neuen Staat in Frankreich auch wieder verbunden fühlen. Hinzu kam, daß dieser Staat mehr noch als das Ancien regime Bremens Handel begünstigte. Einerseits in wachsendem Maße isoliert, zum anderen aber durch wirtschaftliche Krisenerscheinungen mehr denn je auf die Einfuhr lebensnotwendiger Güter angewiesen, bedurfte die französische Republik dringend eines neutralen Zwischenhandelsplatzes; diesen Platz konnten nach dem Ausfall der Niederlande nur noch die Hansestädte Hamburg, Bremen und Lübeck bieten. Infolgedessen stimulierten allein die Handelsbeziehungen zu Frankreich die Konjunktur so sehr, daß es gegen Ende des Jahrhunderts in den Hansestädten sogar eine »Überhitzungskrise« gab, der etliche Firmen zum Opfer fielen,<sup>19</sup> die aber durch geeignete Gegenmaßnahmen aufgefangen werden konnte. So mochte man sich wohl doch eher der 1799 geäußerten Ansicht Johann Smidts,<sup>20</sup> des nachmaligen großen Bürgermeisters, in Bremen bestehe kein echter Nährboden für eine Revolution, anschließen und meinen, daß aus innerpolitischen Rücksichten kein ernster Anlaß zur Unfreundlichkeit oder gar Feindschaft dem neuen Frankreich gegenüber gegeben sei.

Freilich, so begeisterte und spektakuläre Formen wie in der Schwesterstadt an der Elbe nahm die Franzosenfreundlichkeit nicht an; Zeitungen, Reiseberichte, intellektuelle Zirkel und Klubs, publizistische Fehden, von alledem ist in Bremen nichts überliefert, man besaß keinen Klopstock, es gab kein Revolutionsfest wie in Harvestehude 1790: lediglich den ja genau genommen auf hannoverschem Territorium residierenden und agierenden berühmten Freiherrn v. Knigge, Mitglied des Illuminatenordens, können wir in seinen Beziehungen und Aktivitäten als vergleichbar anführen.

Diese Zurückhaltung erleichterte es dem Senat, seine in der unverändert prekären Lage der Stadt mehr denn je nötige Politik des vorsichtigen Lavierens zu führen. Denn bei aller Sympathie für Frankreich und allen Vorteilen, die man von dort erfuhr, lag Bremen doch nach wie vor inmitten monarchischen, und jetzt wiederum frankreichfeindlichen Territoriums, waren seine Neutralität und Handelsfreiheit noch immer nirgendwo anerkannt oder verbrieft, war es schließlich noch immer Glied des Reiches, das seit 1793 sich im Kriege mit Frankreich befand und dessen

---

<sup>19</sup> Vgl. WITZENDORFF a. a. O. S. 372 f.

<sup>20</sup> Johann SMIDT, *Herrscht in den Hansestädten eine revolutionäre Gesinnung?* Hanseatisches Magazin Bd. 1, Bremen 1799, S. 300 ff.

Avocatorien auch nicht auf sich warten ließen. Mochte man sie auch so viel als möglich zu umgehen trachten, mochte man im Interesse des Handels alles zu vermeiden suchen, was Frankreich einerseits, zum anderen seine Gegner, das Reich, Preußen, Hannover verstimmen konnte – sehr oft war das einfach nicht möglich.

Daß man erst nach erbittertem Widerstreben den Drohungen Preußens und Hannovers nachgegeben und den Gesandten der Republik beim Niedersächsischen Kreis, Lehoc, aus Hamburg ausgewiesen hatte, verhinderte französische Handelsrepressalien gegen Hamburg und Bremen nicht; und daß man es dann doch getan hatte, nützte Bremen nichts, als 1794 hannoversche Truppen die Stadt besetzten und Gerüchte sogar von Annexionsabsichten Hannovers sprachen. Dem Handel war das nicht eben förderlich, auch wenn die fremden Truppen ihn nicht direkt unterbanden.

Einen Stein möglichen Anstoßes bildeten ferner die seit 1793 nach Bremen strömenden französischen Emigranten. Der Senat versuchte von Anfang an, sie zu schleuniger Weiterreise zu veranlassen; aber unter dem Schutz der hannoverschen Truppen etablierten sie sich dennoch und entwickelten gefährliche Aktivität; insbesondere versuchten sie Bremen zu einem Zentrum der Werbung gegenrevolutionärer Truppen zu machen. Sie unterhielten ein Büro in der Sögestraße, wo der Oberst Graf Noinville, ihr hiesiger Anführer, sein Quartier hatte. Trotz der Truppenbesetzung gelang es dem Senat 1795, die Werbungen zu unterbinden; und man verwehrte dem Grafen von Artois, dem Bruder des hingerichteten Königs, späteren Karl X., kategorisch den Aufenthalt in Bremen; er logierte für einige Zeit nun auf oldenburgischem Gebiet unmittelbar jenseits der damaligen Grenze, auf dem heute zu Bremen gehörenden Gut Grolland. Auch das s. Zt. berühmte Observatorium und die Spiegelteleskopwerkstatt des Oberamtmanns und Amateurastronomen Johann Hieronymus Schroeter im hannoverschen Lilienthal bei Bremen hat er in dieser Zeit besucht und im Hause Schroeters gewohnt. Wie es heißt, hat ihn hierhin auch sein Bruder, der Graf von der Provence, spätere König Ludwig XVIII., begleitet.<sup>21</sup>

Aber wenn beide auch Bremen nicht betraten, und trotz aller anderen Maßnahmen mußte man immer fürchten, bei der einen wie der anderen kriegführenden Partei, deren beider Wohlwollen oder doch Toleranz man nicht entbehren konnte, in Mißkredit zu geraten. Es nimmt nicht wunder, daß man diesen Zustand in so turbulenten Zeiten, wo wirtschaftliches Wohlergehen und staatliche Existenz ständig auf dem Spiele standen, mehr und mehr als unhaltbar empfand.<sup>22</sup> Dies um so eher, als auch der

<sup>21</sup> Vgl. Karl LILIENTHAL, *Bilder aus der Geschichte des Klosters und Amtes Lilienthal, Oldenburg 1935*, S. 82.

<sup>22</sup> Zum Folgenden vgl. WIEDEMANN a. a. O. S. 27 ff.

zwischen Preußen und Frankreich 1795 abgeschlossene Separatfrieden zu Basel, der an sich die Neutralität Norddeutschlands festsetzte, keine Erleichterung brachte, da England ihn für Hannover nicht anerkannte und auch die Besetzung Bremens daher noch fort dauerte. Angesichts der machtpolitischen Ohnmacht des kleinen Staatswesens blieb – wenn überhaupt – nur der Weg geschickter Diplomatie; und einer solchen bot es sich geradezu an, an diejenige Macht sich anzulehnen, die nicht nur ein echtes Eigeninteresse an der Neutralität der Hansestädte hatte und bei den Verhandlungen in Basel als einzige schon dafür eingetreten war, sondern in wachsendem Ausmaß auch den Einfluß besaß, in Deutschland durchzusetzen, was sie für richtig hielt: Frankreich.

Ein erster vertraulicher Kontakt war rasch hergestellt: er lief vom Bremer Senator Liborius von Post über dessen Freund, den Oberzunftmeister Andreas Buxtorf in Basel und den französischen Gesandten in der Schweiz, François Barthélemy; mehrere Jahre hindurch hat dieser Weg Bremen gute Dienste geleistet; mochte er zunächst auch keine größeren konkreten Ergebnisse im Hinblick auf Bremens Wünsche, auf die Konsolidierung seines Handels, seiner Neutralität zeitigen, so machte er die französische Regierung doch aufs beste mit den Problemen Bremens vertraut und half manches Mißverständnis auszuräumen. Daß Ende 1795 die hannoverschen Truppen endlich aus Bremen abzogen, ist nicht zuletzt auch ihm zu danken.

Und er half auch, eine weitere beträchtliche Zwangslage glimpflich zu bestehen.<sup>23</sup> Denn nach dem Abschluß des Friedens von Basel stellte sich die französische Regierung auf den Standpunkt, es sei an der Zeit, die diplomatischen Beziehungen nicht nur zu Preußen, sondern auch zum Niedersächsischen Kreise wieder aufzunehmen, das heißt, einen Nachfolger für den 1793 ausgewiesenen Gesandten Lehoc nach Hamburg zu entsenden. Und so erschienen dort im September des Jahres Carl Friedrich Reinhard, der revolutionsbegeisterte Schwabe, der Frankreich zum Vaterland erwählt hatte, und mit ihm als Privatsekretär sein gleichgesinnter Landsmann Georg Kerner. Da sich jedoch nicht nur England, sondern auch das Reich weiter im Kriege mit Frankreich befanden, konnte seine Anerkennung erhebliche Nachteile und Pressionen nach sich ziehen. Ihre Unterlassung andererseits mußte Frankreich schwer verstimmen. Gegen Ende des Jahres beugte sich der Hamburger Senat dem Druck des Reiches und schlug die Anerkennung aus. Reinhard und Kerner verließen daraufhin Hamburg. Sie kehrten aber nicht nach Frankreich zurück, sondern begaben sich nach Bremen. Hier hielten sie sich bis zum September 1796

<sup>23</sup> Vgl. dazu außer den oben Anm. 17 zitierten Werken Adolf WOHLWILL, Reinhard als französischer Gesandter in Hamburg und die Neutralität der Hansestädte, *Hansische Geschichtsblätter* II (1875) S. 55 ff.

auf, halb privat, halb offiziell, ohne doch vom Bremer Senat zu verlangen, was sie in Hamburg zur Vorbedingung ihres Bleibens erklärt hatten: die offizielle Anerkennung Reinhardts. Beide wurden auf das gastlichste hier aufgenommen und gewannen ein gutes Verhältnis zu den maßgebenden Männern der Stadt. Die etwas merkwürdige Inkonsequenz des französischen Verhaltens erklärt sich daraus, daß man in Paris gegen Hamburg auf Grund verschiedener Vorkommnisse in den vergangenen Jahren eine erhebliche Verstimmung hegte, während man Bremen durchaus wohlgesonnen war – auch ein Erfolg der diplomatischen Sondierungen. Reinhard persönlich faßte während seines erfreulichen Aufenthalts eine Vorliebe für die Stadt, die er ihr späterhin unbeirrt bewahrte.

Schließlich hat noch eine weitere hochwichtige Persönlichkeit in diesem Sommer angenehme Eindrücke aus Bremen mitgenommen: Charles Maurice de Talleyrand-Périgord, der geniale Diplomat und geistreiche Causeur, der künftige Außenminister Frankreichs für die nächsten 10 Jahre.<sup>24</sup> Im Sommer 1796 war er aus zweijähriger Verbannung in den Vereinigten Staaten nach Europa zurückgekehrt, und zwar landete er in Hamburg. Auf der – recht langsamen – Reise nach Paris machte er für einige Wochen an der Weser Station, um sich mit Reinhard und Kerner zu beraten. Ganz gewiß hat er gesellschaftliche Kontakte mit den Honoratioren der Stadt nicht vermieden, hat manche persönliche Bekanntschaft geschlossen und von den Problemen der Stadt Kenntnis erhalten. Wir wissen, daß er den Bremer Ratskeller frequentierte und dort mit den schon damals berühmten Rheinweinen aus Norddeutschland gepflegtestem Weinlager auf die Gewinnung des linken Rheinufer durch Frankreich angestoßen hat.

Allerdings zeigte sich an einem Vorfall im gleichen Jahre auch, daß es in den Beziehungen zu Frankreich ein Mittel gab, das ebenso wirkte wie alle guten Kontakte, Freundschaftsbeteuerungen und Beschwörungen ideologischer und realer Gemeinsamkeiten, und das sehr bald bessere, schließlich allein noch Erfolge zeitigte: Geld. Durch eine hamburgische Gesandtschaft großzügig an einflußreiche Persönlichkeiten in Paris und an die französische Staatskasse gezahlt, hatte es sehr rasch alle Mißstimmung gegen Hamburg beseitigt; die Repressalien wurden aufgehoben und auf die Anerkennung Reinhardts bis zum Frieden mit dem Reiche verzichtet.

Noch freilich glaubte man in Bremen, ohne dieses Mittel auskommen zu können. Ja, man richtete gerade jetzt einen umfangreichen Wunschkatalog an die französische Adresse, der neben den für alle Hansestädte

<sup>24</sup> Vgl. Adolf WOHLWILL, Johann Georg Kerner, in Allg. Deutsche Biographie Bd. 15, Leipzig 1882, S. 640 ff; Staatsarchiv Bremen 2– ad P.1.s.10: C. A. HEINEKEN, Geschichte der Freien Hansestadt Bremen, Bremen 1812 (unveröffentl. Manuskript) S. 237; BIPPEN a. a. O. III. S. 283 Anm. 2.

wichtigen Desideraten garantierter Neutralität und Handelsfreiheit einschließlich des Grundsatzes »Frei Schiff, frei Gut« auch spezifisch bremische Anliegen enthielt, nämlich die Angliederung der hannoverschen Besitzungen in der Stadt und die Abschaffung des oldenburgischen Weserzolls bei Elsfleth. Über Buxtorf und Barthelemy, zugleich durch den neuen bremischen Bevollmächtigten in Paris, Schlüter, und schließlich auch über Reinhard, der aus Bremen an Außenminister Delacroix berichtete, erging die Aufforderung an Frankreich, sich dieser Wünsche anzunehmen und sie den anderen Mächten gegenüber zu vertreten. Daß im Frühjahr 1797 Frankreich und das Reich den Präliminarfrieden zu Leoben schlossen, bot die Gelegenheit, die angeschnittenen Probleme insgesamt auf dem zu Rastatt anstehenden Friedenskongreß mit – wie man hoffte – massiver französischer Unterstützung zur Sprache zu bringen. Wenn zur gleichen Zeit allerdings Frankreich schwere Behinderungen des Handels mit englischen Waren dekretierte und sogar mit dem Gedanken einer Okupation der Hansestädte spielte, so war dies so wenig ermutigend wie die Abberufung Reinhardts und Barthelemys, womit die beiden besten diplomatischen Kanäle Bremens zu Frankreich verstopft waren. Buxtorf in Basel konnte als letzten Dienst, den er Bremen erwies, noch den Sieger des Italienfeldzuges, den General Napoleon Bonaparte, erstmalig auf die Probleme Bremens hinweisen und sie seinem Wohlwollen empfehlen.

Eines der Hauptthemen des seit Dezember 1797 tagenden Friedenskongresses zu Rastatt war die territoriale Neugestaltung Deutschlands, ausgelöst durch die Notwendigkeit einer Entschädigung derjenigen Fürsten, die auf dem von Frankreich okkupierten linken Rheinufer Verluste erleiden sollten. In diesen Neugliederungsprozeß sich mit französischer Hilfe einzuschalten, darin lag die Chance für die bremische Politik. Wenn gleich zu Beginn der Verhandlungen Bremen allerdings durch Nachrichten beunruhigt wurde, in Paris erwäge man, die Hansestädte um politischer Vorteile willen an Preußen zu geben oder wiederum, sie selbst zu besetzen, so war damit ein weiteres Mal die permanente Gefahr deutlich gemacht, in der so machtlose Kleinstaaten wie die Hansestädte sich befanden, und die schwierige Stellung gekennzeichnet, in der Bremens Delegierter in Rastatt, der Senator Georg Gröning, sich bewegen mußte. Mit ihm betritt die zentrale Figur der hansischen Diplomatie der folgenden Jahre erstmals die große politische Bühne. Eines Mannes von seiner Hartnäckigkeit und gleichzeitigen Geschicklichkeit bedurfte man aber auch; denn kaum schienen die oben angeführten Gefahren abgewendet, kam schon ein weiterer Schock: Ganz unverblümt verlangte Außenminister Talleyrand eine horrende »Anleihe« in Höhe von 18 Millionen Livres von den Hansestädten als Voraussetzung künftiger Unterstützung. Zunächst war die Empörung groß und die Ablehnung allgemein, da man

zudem bei Annahme Repressalien Preußens und Hannovers fürchtete. Insgeheim aber verschloß sich besonders Gröning nicht dem Gesichtspunkt, »daß sich Frankreich für Erhaltung der Hansestädte außer Atem setze bloß um ihrer schönen Augen willen, das zu erwarten wäre Torheit. Der Hauptentscheidungsgrund in unserem merkantilistischen Jahrhundert ist Geld«, wie es der bremische Bevollmächtigte Oelsner in Paris formulierte.<sup>25</sup> Gröning arbeitete deshalb darauf hin, die Zahlung wenigstens zu reduzieren und sie geheim zu leisten. Dieses sein Bemühen wurde jedoch durchkreuzt dadurch, daß angesichts der sich steigernden Drohungen maßgeblicher Politiker in Paris, Drohungen keineswegs etwa nur, die erbetene diplomatische Unterstützung zu verweigern, sondern darüberhinaus auch noch zu Handelsrepressalien zu greifen, der hansische Resident Schlüter eigenmächtig eine nur wenig verringerte Summe zusicherte und Hamburg dann seinen Beitrag eilig separat zahlte. Unter diesen Umständen begab sich Gröning selbst von Rastatt nach Paris. In harten Verhandlungen suchte er zunächst vergeblich wenigstens die Halbierung der geforderten 4 Millionen zu erreichen. Erst als er gewisse Anspielungen Talleyrands richtig verstand und Geldgeschenke an diesen, den früheren Gesandten Lehoc und einige andere Persönlichkeiten locker machte, war plötzlich alles eitel Sonnenschein: jetzt akzeptierte man die angebotenen 2 Millionen und erklärte sich zu großzügigster Förderung der bremischen Wünsche in Rastatt bereit. Das geschah dann auch wirklich und ging soweit, daß man diese Wünsche gegenüber den Widerständen der deutschen Mächte sogar zum Gegenstand eines Ultimatums machte, wodurch schließlich die Reichsfriedensdeputation im Dezember 1798 bewogen wurde, nachzugeben und alle Forderungen zu erfüllen. Die Realisierung scheiterte dann aber schließlich doch noch am erneuten Ausbruch des Krieges im März 1799. Der Rastatter Kongreß ging ergebnislos zu Ende, und Gröning sah den Erfolg 15monatiger Mühen vernichtet. Es gab nur mündliche Zusicherungen und daneben gab es weiterhin französische geheime Pläne, die allen Zusicherungen Hohn sprachen und die Einverleibung Norddeutschlands als Mittel im Kampf gegen England in direkter oder indirekter Form zum Ziele hatten; es ist interessant, wenn auch nicht überraschend, daß solche Gedanken auch in einer Denkschrift des Generals Napoleon Bonaparte an das Direktorium vom 23. Februar 1798 auftauchten.<sup>26</sup>

Erst nach Abschluß des Friedens von Luneville 1801 – inzwischen war Bonaparte als Erster Konsul an die Spitze des französischen Staates ge-

<sup>25</sup> Oelsner an Gröning 13. Dez. 1797. Zit. nach WIEDEMANN a. a. O. S. 98.

<sup>26</sup> Vgl. WOHLWILL, Frankreich und Norddeutschland 1795–1800, Hist. Zeitschr. Bd. LI (1884) S. 423.

treten – bot sich für Bremen die Gelegenheit, den Faden wieder aufzunehmen. Nach zweijähriger Unterbrechung reiste Gröning im März 1801 aufs neue nach Paris, wo er eine durchaus günstige Lage vorfand. Zwar ging es auch jetzt wieder nicht ohne Geldpräsentation ab – gleich zu Anfang über 200 000 Livres –, aber sonst erfuhr er jede nur mögliche Förderung. Daß bis zum guten Ende doch noch fast zwei Jahre verstrichen, lag nicht an Frankreich, sondern vielmehr an Preußens Verzögerungstaktik und an den Widerständen der betroffenen Fürsten, des Kurfürsten von Hannover und des Herzogs von Oldenburg, denen die angebotenen Äquivalente nicht genügend erschienen und die mehr herauszuschlagen trachteten. Es gab im Frühjahr 1802 sogar noch einen Moment, wo wieder alles fehlzuschlagen schien, aber man muß Talleyrand und den Beamten seines Ministeriums, insbesondere dem Abteilungschef Graf Joseph Alexandre Durand, bescheinigen, daß sie für Geld wirklich etwas taten. Im Juni 1802 mußte Gröning nochmals 3 Mill. Livres an die französische Staatskasse zusagen; – im Oktober intervenierten Frankreich und Rußland gemeinsam bei der seit August in Regensburg tagenden Reichsdeputation und legten ihr den sogenannten »Plan Général« vor, der eine restlose Erfüllung aller bremischen und hansischen Wünsche vorsah, am 23. November 1802 billigte ihn die Deputation vollinhaltlich. Alle aufgetretenen Schwierigkeiten waren dank französischer diplomatischer Hilfe überwunden; vorübergehend trat noch eine Verstimmung auf, als Talleyrand den »Kaufpreis« von 3 Millionen schon im Oktober verlangte, Gröning als vorsichtiger Kaufmann aber erst zahlen wollte, wenn die »Ware« vollständig im Besitze Bremens sich befand. Trotz scharfen französischen Drängens, in das sich auch der Erste Konsul persönlich einschaltete, zahlte Gröning nur in Raten, die letzte erst im Frühjahr 1803.

Mochten auch Einzelheiten der Abwicklung sich noch länger hinziehen und der Elsfl ether Weserzoll gar erst 1820 definitiv aufhören – es war ein voller Erfolg dank Grönings Geschicklichkeit und Frankreichs Hilfe. Mit arrondiertem Territorium, gesichertem Handel und garantierter Neutralität stand Bremen, so schien es, gesicherter und glänzender da als je vorher. Und die gezahlten Summen, hoffte man, würde die fortdauernde Handelsblüte binnen kurzem mit Zins und Zinseszins wieder hereinbringen. Was Diplomatie und Geld vermochten, war erreicht.

Wenn freilich Bremens Politiker sich Illusionen hingaben über den praktischen und dauernden Wert ihres neuen Status im Kräftespiel der Mächte, in dem ja doch das tatsächliche Eigengewicht des kleinen Staatswesens an der Weser um nichts größer geworden war, wenn sie glaubten – in der Euphorie des Erfolges verständlich – die Hansestädte würden »*Gefilde des Friedens sein, ruhige Wohnsitze der Künste, der Wissenschaften, des Handels, durch kein Waffengeklirre gestört, von keinem*

*fremden Krieger gedrückt*«,<sup>27</sup> wie es Bürgermeister Heineken damals formulierte, so wurden sie schon nach ganz kurzer Zeit aus solchen Träumen gerissen. Denn noch 1803 brach der Krieg zwischen Frankreich und England wieder aus, französische Truppen besetzten Hannover und drohten den Handel mit England zu unterbinden, als Gegenmaßnahme blockierte die englische Flotte die Wesermündung. Ems- und Jademündung blieben zwar frei, aber der Landtransport von dort nach Bremen war ein beträchtliches Hemmnis für den Handelsverkehr. Und daß im Sommer 1804 der französische Oberbefehlshaber in Hannover, Marschall Bernadotte, die Stadt zu einer Anleihe von 250 000 Talern an die hannoverschen Landstände zwang (die die Besatzungskosten nicht aufzubringen vermochten), indem er unter Vorbringung aus der Luft gegriffener Beschuldigungen alle Zufuhr zu Lande und zu Wasser für Wochen abschnitt, paßte auch nicht recht in das Bild der »Gefilde des Friedens«. Es werden nicht ungetrübt freudige Gefühle gewesen sein, mit denen Gröning die Glückwünsche des Senats zur Kaiserkrönung Napoleons im Dezember 1804 überbrachte, auch wenn er dort sehr gnädig empfangen wurde. Denn zur Besprechung der bremischen Beschwerde über Bernadottes Vorgehen hatte niemand Zeit und Lust. Im Gegenteil, als nach der Räumung Hannovers durch die Franzosen und der Aufhebung der englischen Blockade im Oktober 1805 jetzt preußische Truppen einrückten und neutralitätswidrig auch die Stadt besetzten, wobei es hieß, Preußen gedenke Bremen zu annektieren, da zeigte sich die französische Regierung diesem Gedanken durchaus nicht abgeneigt und wollte französischen Schutz der doch erst vor knapp drei Jahren feierlich anerkannten bremischen Neutralität nur gegen erneute Bezahlung: 6 Mill. Francs sofort und künftig Jahresleistungen von 2 Mill. Francs, gewähren.<sup>29</sup> Wenn auch die Ereignisse diese Absichten nicht zum Tragen kommen ließen, so konnte deutlicher die absolute Geringschätzung aller verbrieften und von Bremen teuer bezahlten Garantien nicht dokumentiert werden.

Und es sollte noch schlimmer kommen. Im folgenden Jahre, 1806, hörte das alte Römische Reich Deutscher Nation auf zu bestehen; damit waren die Hansestädte formell aller Fesseln ledig, waren sie freie, souveräne Staaten; am 20. November eben dieses Jahres aber besetzte ein französisches Regiment unter dem Obristen Clement ohne jeden Vorwand die Stadt: und es erwies sich alsbald, daß diese Besetzung, die fortan bis zum Ende des französischen Kaiserreichs 1813 andauerte, in Bremen nur die

<sup>27</sup> C. A. HEINEKEN a. a. O. (s. o.) S. 321; zit. bei BIPPEN a. a. O. III S. 321.

<sup>28</sup> Vgl. BIPPEN a. a. O. III S. 321 ff.; SERVIÈRES a. a. O. S. 59 ff.

<sup>29</sup> Vgl. BIPPEN ebd. S. 326 f.; SERVIÈRES S. 79 ff., Adolf WOHLWILL, Die Hansestädte beim Untergange des alten deutschen Reiches. Histor. Aufsätze, dem Andenken an Georg Waitz gewidmet, 1886, S. 590 ff.

Voraussetzungen schuf für die rigorose Durchführung jenes gewaltigen Planes zur Niederringung Englands, der unter dem Namen Kontinental-sperre bekannt ist. Das hieß für Bremen Beschlagnahme aller englischen Waren und Schiffe im Bereich der Stadt und Verhaftung aller englischen Staatsbürger, mit der sicheren Aussicht, daß England sich an bremischen Vermögenswerten und Schiffen schadlos halten werde, es hieß Verbot jeden Handels mit England, sei er direkt oder indirekt, und da England unvermeidlich mit einer Gegenblockade antwortete, hieß es im Grunde Aufhören jeden Seehandelsverkehrs überhaupt.<sup>30</sup> Für eine Handelsstadt bedeutete das praktisch den wirtschaftlichen Ruin.

Hinzu kam der Übergang aller zur Durchführung der Sperrungsmaßnahmen nötigen Hoheitsbefugnisse in französische Regie, hinzu kamen die mit schwindender Wirtschafts- und Finanzkraft immer unerträglicher fühlbaren Belastungen durch die Besatzungstruppen. Gegenvorstellungen und Beschwerden blieben letztthin fruchtlos. All dies zusammengenommen, war es eigentlich nicht mehr sehr erheblich, wie unter solchen Umständen die politische Zukunft der Stadt aussehen sollte.<sup>31</sup> Doch hat der Bremer Senat nicht resigniert, hat er im Verein mit Hamburg und Lübeck die verbliebenen Reste der Eigenständigkeit im Innern wie nach außen hin zäh zu bewahren versucht, hat er, so als gebe es noch echten politischen Spielraum, sorgsam abgewogen, was besser sei, der Status quo, der Anschluß an den Rheinbund, oder die separate Unterstellung unter das Protektorat des Kaisers als *ville imperiale hanséatique* mit einer gewissen, freilich sehr stark eingeschränkten Selbständigkeit. Am Ende des Jahres 1809 schien es so, als habe man Napoleon überzeugt, daß der jetzige Zustand einer in allen wesentlichen Dingen nur noch »sogenannten« Unabhängigkeit auch den französischen Interessen am dienlichsten sei, und der Senat fühlte sich durch diese Gnade zu untertänigen Dankadressen an den Imperator bewogen.

Am Rande der Feierlichkeiten anlässlich der Hochzeit Napoleons mit der Erzherzogin Marie Louise, an denen als Vertreter Bremens der Syndicus Heinrich Gröning, Sohn Georg Grönings, teilnahm, erhielten die Delegierten der Hansestädte die höflichsten, wenn auch völlig vagen Zusicherungen, man stellte ihnen sogar Gebietserweiterungen in Aussicht.<sup>32</sup>

<sup>30</sup> Vgl. BIPPEN a. a. O. III. S. 334 ff.; SERVIÈRES a. a. O. S. 93 ff.; WITZENDORFF a. a. O. S. 375 f.; ferner VOGEL a. a. O. (s. Anm. 1) passim.

<sup>31</sup> Zum Folgenden vgl. BIPPEN a. a. O. III S. 348 ff.; Adolf WOHLWILL, Napoleon und die Hansestädte im Herbst 1809, Zeitschr. d. Vereins f. Hamburgische Geschichte 7 (1883) S. 65 ff., SERVIÈRES S. 179 ff.

<sup>32</sup> Vgl. dazu Hans Dieter LOOSE, Pläne für ein hanseatisches Elbe-Weser-Reich im Jahre 1810; Hamburger und Bremer Stellungnahmen zu den Möglichkeiten beiderstädtischer Herrschaft über das Herzogtum Bremen. Zeitschr. des Vereins f. Hamburgische Geschichte 55 (1969) S. 189 ff.

Es erstaunt doch ein wenig, daß selbst ein so kluger Politiker wie Johann Smidt dies *rebus sic stantibus* zum Anlaß nahm, einen detaillierten Plan für ein bremisch-hamburgisches Condominium über das Gebiet des früheren Herzogtums Bremen zwischen Elbe und Weser zu entwickeln, und daß im Laufe des Jahres 1810 trotz äußerster Skepsis Hamburgs Heinrich Gröning in Paris mehrmals ernsthaft diplomatische Schritte unternahm, um die kaiserliche Regierung auf dieses Projekt festzulegen.

Unterdessen aber mehrten sich bereits bedrohliche Anzeichen. Sie begannen mit der Forderung, die Städte sollten neben den Unterhaltskosten der in ihnen stationierten französischen Truppen nun auch noch deren Sold aufbringen, und endeten mit der Konfiskation aller Waren, bei denen irgendeine Beziehung zu England auch nur vermutet wurde, und ihrer spektakulären Verbrennung auf der Bürgerweide unter militärischem Schutz am 6. Dezember 1810.<sup>33</sup> In allen Fällen hatte der Senat nicht die geringste Möglichkeit, diese Maßnahmen aufzuhalten. Und am Ende des Jahres schlug nun auch ihm selbst die Stunde.

Dem rastlos und wie gebannt auf Niederringung des allein noch widerstehenden Feindes England fixierten Geist des Kaisers schien jetzt die restlose Effektivität der Kontinentalsperre im wichtigen Nordseeraum nur noch durch eine direkte und totale Kontrolle aller Küstenterritorien gewährleistet. Und das konnte seiner Meinung nach nur die bedingungslose Einbeziehung in den französischen Staatsverband bewirken. Die Betroffenen vorher zu konsultieren oder auch nur zu informieren, schien nicht der Mühe wert, und so erfuhr auch der Bremer Senat Mitte Dezember 1810 erst die vollendeten Tatsachen, an die er bis zuletzt nicht hatte glauben wollen.<sup>34</sup> Daß an ihnen nichts grundsätzliches mehr zu ändern sein würde, darüber war man sich klar. Freilich hoffte man auch jetzt noch, wenigstens eine gewisse innere Eigenständigkeit retten, Modifikationen der französischen Verwaltungs- und Rechtsorganisation mit Rücksicht auf in Jahrhunderten Gewachsenes und Bewährtes erreichen zu können. Doch eine Gesandtschaft nach Hamburg, zum Sitz des neuen Generalgouverneurs Marschall Davout, Fürst von Eckmühl, und der unter ihm mit der Organisation von Verwaltung und Recht in den annektierten

<sup>33</sup> Vgl. BIPPEN III. S. 352 ff.

<sup>34</sup> Zum Folgenden vgl. Staatsarchiv Bremen, Bestand 6,2 (Akten der französischen Behörden in Bremen 1810–1813); JOHANN PAVENSTEDT (in der Franzosenzeit Präfekturrat): Erinnerungen aus den Jahren 1810–1815, Bremen 1859. Aus beiden schöpft die farbige, kurze Darstellung (ohne Einzelbelege) von KARL H. SCHWEBEL, Bremen unter französischer Herrschaft 1810–1813, Bremische Weihnachtsblätter Heft 10, 1949. Ferner BIPPEN III. S. 357 ff. und SERVIÈRES a. a. O. passim., sowie den instruktiven, etwas profranzösisch akzentuierten Aufsatz von Felix FELDMANN, Bremens Schicksale vor 100 Jahren, in: Aus der polit. Vergangenheit der Hansestadt Bremen, Ges. Aufsätze, Bremen 1920, S. 12–35.

Gebieten beauftragten französischen Regierungskommission blieb ebenso vergeblich wie die Reise der Senatoren Smidt und Vollmers nach Paris.<sup>35</sup> Nicht die geringste Abänderung wurde zugestanden, Bremen sollte ohne Abstriche erfahren, was es hieß, jetzt eine »*bonne ville de l'empire*« zu sein.

In der Tat bedeutete dies für die noch mit tausend Wurzeln vergangenen Jahrhunderten verhaftete Stadtrepublik eine tiefgreifende Umwälzung. Verfassung, Verwaltungs- und Justizorganisation des revolutionären Frankreich waren Ausdruck des totalen Bruchs mit allen Traditionen der feudalistischen Vergangenheit; in der Ausprägung der Spätzeit des Empire, in der sie jetzt auf die annektierten Gebiete ausgedehnt wurden, lebte in ihnen zwar nur mehr wenig von den Idealen der Volkssouveränität, der *liberté* und *égalité*; aber unverändert und unverkennbar trugen sie den Stempel revolutionärer, aufklärerischer Rationalität und waren so in eigentlich jeder Beziehung den gewachsenen, überlieferten, oft irrational verwurzelten und verflochtenen Institutionen der alten Reichsstadt Bremen zutiefst entgegengesetzt. Es ist verständlich, daß man sie, die zudem im Zeichen bedrückender Fremdherrschaft von heute auf morgen aufoktroiert wurden, mit Abscheu und Abneigung auch dann bedachte, wenn sie heutiger Betrachtung als unleugbarer Fortschritt zum Wohle eines modernen Gemeinwesens und seiner Bürger erscheinen. Dessenungeachtet sind die knapp drei Jahre ihrer Geltung doch nicht ganz ohne Nachwirkungen vorübergegangen; an gegebener Stelle wird das anzumerken sein.

Auf Einzelheiten der ohne Rücksicht auf überkommene territoriale Zusammenhänge durchgeführten Verwaltungsgliederung, in die Bremen als Hauptort des Departements der Wesermündungen und des Arrondissements Bremen eingefügt war, einzugehen, dürfte sich erübrigen. Daß die Spitzen- und Schlüsselpositionen mit Franzosen bzw. auch mit Nichtbremern besetzt wurden, deren franzosenfreundlicher Gesinnung man sicher sein zu können glaubte, verwundert bei der Zielsetzung, die der Annexion zugrunde lag, nicht weiter. Der durchaus nicht immer nur von gemeinnützigen Motiven getriebene Wetteifer vieler der bisherigen Amtsträger Bremens, in möglichst hohen und entsprechend gut dotierten Posten der neuen Verwaltung unterzuschlüpfen, blieb daher zumeist erfolglos.

Der seit Februar 1811 amtierende Präfekt, Carl Philipp Alexander Graf von Arberg, belgisch-deutschen Geblüts, bisher Kammerherr des Kaisers, erwies sich als ein ungemein arbeitsfreudiger Mann, der in den Grenzen seiner bedingungslosen Loyalität zum Monarchen auch bremi-

---

<sup>35</sup> Über diese Reise berichten Smidts Briefe, die auszugsweise abgedruckt sind in: Bernhardine SCHULZE-SMIDT: Bürgermeister Johann Smidt. Das Lebensbild eines Hanseaten. Bremen 1913. S. 163 ff.

schen Wünschen und Sorgen stets wohlwollend und aufgeschlossen gegenüberstand. Persönlich dürfte er sich in seiner neuen Stellung nicht übermäßig wohl gefühlt haben, da Bremen keinen eben besonders geeigneten Rahmen für einen großzügig grandseigneurialen Lebensstil bot; kulturell und gesellschaftlich gab es für den obersten Repräsentanten des Empire an der Weser kaum Faszinierendes, und daß die bürgerlich-prüde »haute volée« der Stadt seine Mätresse Madame d'Ablon mit Mißbilligung betrachtete und schnitt, auch seine Feste und Gelage mißgünstig tuschelnd kommentierte, war beiderseits ein steter Stein des Anstoßes. Auch erschienen seine ungeduldigen Anforderungen an das Arbeitstempo den an bedächtiger Temperamente gewöhnten bremischen Untergebenen und Mitarbeitern oft als hektisch und der Sache wenig dienlich. Insgesamt gesehen hätte man es aber schlimmer treffen können, und es gibt kein wirklich böses Urteil über ihn. Bedeutend unbeliebter war da schon sein Adlatus, der Generalsekretär Bernhard Friedrich v. Halem, ein übereifriger und beflissener Karrieremacher, früher in oldenburgischen Diensten, zweifellos begabt, aber undurchsichtig und rücksichtslos; wohlweislich hat er Bremen nach 1813 nie mehr betreten.

Im Gegensatz zu seinen Amtskollegen in Oldenburg, Nienburg und Lehe bleibt die Stellung und Persönlichkeit des Bremer Unterpräfekten Armand de Salperwiek farblos und unbedeutend. Das lag gewiß auch an der Vitalität und Aktivität des obersten städtischen Beamten, des Maire Dr. Wilhelm Ernst Wichelhausen. Er war Bremer, Sohn eines Senators; als kluger, dynamischer, einfühlsamer, pflichtbewußter und stets loyaler Untergebener vom Präfekten auch persönlich sehr geschätzt, suchte er doch immer ein würdiger Vertreter seiner Vaterstadt und unbeirrter Anwalt ihrer Bürger zu sein; dies Bestreben wurde allseits geachtet, und er hat später dann der Stadt als Postmeister gedient.<sup>35a</sup>

Erwähnt seien schließlich noch die beiden Vertreter Bremens im »Corps Legislatif« in Paris; Georg Gröning brauche ich nicht mehr vorzustellen; seine langjährige Erfahrung und seine guten persönlichen Beziehungen prädestinierten ihn für diese Funktion. Ihm zur Seite trat Wilhelm Olbers, der berühmte Astronom, Berechner der Kometenbahnen und Entdecker der Planeten Juno, Pallas und Vesta; sein wissenschaftlicher Ruf, der ihm bereits die Ernennung zum korrespondierenden Mitglied des Institut de France eingetragen hatte, kam ihm auch in seiner jetzigen Mission zustatten.<sup>36</sup> Beider Einfluß auf die tatsächlichen Entscheidungen war allerdings minimal, wie der des gesamten Corps legislatif; sie konnten

<sup>35a</sup> Über ihn vgl. Wilhelm v. BIPPEN, in: *Bremische Biographie des 19. Jh.*, Bremen 1912, S. 516 ff.

<sup>36</sup> Vgl. Wilhelm LÜHRS: *Wilhelm Olbers' politische Tätigkeit (1811–1813)* in: *Von Bremer Astronomen und Sternfreunden*. Bremen 1958. S. 31 ff.

Vorschläge unterbreiten oder Beschwerden vorbringen, auf die man nur in den seltensten Fällen hörte.

In diesen Männern verkörperte sich an der Weser die neue Ordnung, ein System straffer Instanzenzüge, Kompetenzabgrenzungen, Kontroll- und Überwachungsfunktionen, in welchem das scharfe und schikanöse Douanenwesen, die allgegenwärtige »*haute police*«, die bis zur Perfektion entwickelte Steuereintreibung einschließlich der in den *Droits réunis* zusammengefaßten indirekten Abgaben, endlich die Organisation der unersättlichen Kriegsbedürfnisse mit Kontribution, Konskription, Einquartierung und einer Vielzahl anderer Dienste die jedem Bürger fühlbaren Bezugspunkte darstellten.

Die Einführung der französischen Justizverfassung an Stelle des alten städtischen Gerichtswesens bedeutete zugleich die Teilung der Gewalten, die Trennung von Justiz und Verwaltung – beides war bisher im Senat vereinigt gewesen. Sie brachte als weitere Neuerungen öffentliche und mündliche Verhandlung, staatlichen Anklagevertreter und Geschworenenjury; neu war schließlich auch die Institution eines Handelsgerichts. Aus der Geltung des Code Napoleon folgte die Einführung des Zivilstandswesens. Es sei dies hier besonders hervorgehoben, weil 1813 in Bremen die Beurkundung und Registrierung von Geburt, Heirat und Todesfall nicht an die Pastoren zurückfiel, sondern städtischen Beamten verblieb. Dies ist einer der wenigen Fälle, in denen die französischen Neuerungen ungebrochen und segensreich nachwirkten, und diesem Umstande verdankt Bremen einen »Vorsprung« von mehr als einem halben Jahrhundert, insofern, als die hier beibehaltene Führung von Zivilstandsregistern durch weltliche Beamte in den meisten deutschen Territorien erst 1875 eingeführt wurde.

Die Kaufmannschaft, infolge der Handelsmisere und der ständigen finanziellen Aderlässe nur noch ein Schatten früherer Bedeutung, verlor nun auch ihre jahrhundertealte, autonome und einflußreiche Standesvertretung, das Collegium seniorum; an seine Stelle trat eine vom Staat abhängige Handelskammer. Die Eingliederung brachte noch nicht einmal den Vorteil freien Zugangs zum gesamten Territorium des Kaiserreichs; denn eine Zollgrenze trennte die neuen Departements vom französischen Kernbereich, und alle Bemühungen waren vergeblich, ihre Aufhebung zu erlangen. Das mit großem Propagandaaufwand angekündigte Projekt eines Kanals zwischen Seine und Ostsee, das einen gewissen Handelsnutzen gewährt hätte, und das mit der Frage, ob der Kanal Bremen berühren solle oder nicht, die Gemüter hier zeitweise erregte, kam über das Stadium der Planung nicht hinaus.<sup>37</sup> Einer der einst blühenden, seit Jah-

<sup>37</sup> Vgl. dazu auch SERVIÈRES a. a. O. S. 459 ff.

ren immerhin noch dahinsiechenden Wirtschaftszweige der Stadt, Tabakhandel und -fabrikation, erhielt gänzlich den Todesstoß durch die Einführung der französischen Tabakregie. Das ehrsame, konservative Handwerk der Stadt endlich trug schwer an der an sich längst fälligen, aber erst 1861 aus eigenem Entschluß dann doch noch einmal vollzogenen Aufhebung der uralten Ämter und Zünfte.

Auf der Habenseite ließ sich die Fürsorge der neuen Herren für das bislang doch ein wenig vernachlässigte Gesundheitswesen verbuchen. Hervorgehoben sei die generelle Durchführung der vorher hier nur in Einzelfällen angewandten Schutzpocken-Impfung sowie die Verlegung der bisher mitten in der Stadt um die Kirchen herum eingezwängten und überbelegten Friedhöfe auf drei große Areale jenseits der Mauern.

Auch die Abschaffung der nicht weniger als 45 städtischen Kassen zugunsten einer Zentralkasse und eines einheitlichen straffen Budgets ist der Stadt zweifellos zugute gekommen und blieb nach 1813 erhalten.

Größere Spuren im Stadtbild haben die 3 Jahre der französischen Zeit nicht hinterlassen. Der alte Eschenhof an der Domsheide, den man zum hôtel de la prefecture ausersehen hatte, wurde zu diesem Zweck repräsentativ um- und ausgebaut; er wurde jedoch in den 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts abgerissen und durch das jetzige Hauptpostamt ersetzt. Und die geplante großzügige Umgestaltung des Marktplatzes, der auch der Roland, nach Meinung der neuen Herren eine Statue »*sans la moindre valeur esthétique*«,<sup>38</sup> zum Opfer fallen sollte, ist gottlob nicht mehr zur Ausführung gekommen. Eine Anmerkung wert ist, gerade im Zusammenhang mit heutigen Diskussionen, daß die französischen Gelehrten Cuvier und Noel nach Beendigung einer Inspektion des Bildungswesens in den neuen Departments 1811 den Ausbau des damals noch bestehenden alten Gymnasium illustre zu einer Volluniversität vorschlugen, auch wenn daraus in der Kürze der Zeit ebenfalls nichts wurde.

Alles in allem konnte man kaum erwarten, daß sich das französische Regime besonderer Beliebtheit erfreute. Doch hat die Bremer Bevölkerung unter der besonnenen Führung ihres Maire sich, sieht man von der wachsenden Zahl der Deserteure und Refractairs und vom Schmuggel ab, durchaus loyal verhalten, hat auch brav die angeordneten Akte des Herrscherkults absolviert, vom Geburtstag über den Krönungstag bis zum Jahrestag der Schlacht von Austerlitz und zur Jubelfeier bei der Geburt des Königs von Rom. Und wenn der seit 1811 als Notar privatisierende Johann Smidt patriotisch verkündete

*Wir wollen nicht Franzosen seyn,  
die ganze Welt soll's hören!*

<sup>38</sup> Der Maire an den Präfekten 5. Nov. 1811. Staatsarchiv Bremen 6,2 – F.3.a.XIV.O.

*hinweg mit allem Heuchelschein,  
es ist die Furcht nicht wert der Pein,  
sie soll uns nicht betören!*<sup>39</sup>

so hörte das die »ganze Welt« eben doch erst im November 1813, post festum; vorher hatte auch er, von den Franzosen nicht ohne Mißtrauen beobachtet, ihnen klugerweise mehr als einmal seine unbedingte Ergebenheit im »Heuchelschein« kundgegeben.<sup>40</sup>

Einen ersten Riß erhielt diese zumindest äußerliche und passive Loyalität Bremens, als das Scheitern des Rußlandfeldzuges ruchbar wurde. Es gab Unruhen, Kriegsgerichtsurteile, Belagerungszustand, Ausgehverbote. Den persönlichen Zorn des Kaisers ob solcher Insubordination Bremens vermochten Maire und Munizipalrat mit dem Angebot von 100 Kavalleristen auf Kosten der Stadt zu beschwichtigen – auch dieses letzte Mal half das bewährte Mittel einer Geldspende an die Mächtigen an der Seine.

Gewiß hat wohl niemand mehr großes Bedauern oder Sympathie für Frankreich verspürt, als seine Soldaten am 26. Oktober 1813, wenige Tage nach der Schlacht bei Leipzig, endgültig Bremen verließen.

Ein neuer Abschnitt der bremisch-französischen Beziehungen hatte damit begonnen. Von ihm ist hier nicht mehr zu handeln.\*

---

<sup>39</sup> Ohne Namen veröffentlicht in Neue Bremer Zeitung Nr. 12 v. 11. Nov. 1813; abgedruckt bei SCHULZE-SMIDT a. a. O. S. 247 f.

<sup>40</sup> Über Smidt in der Franzosenzeit vgl. Wilhelm v. BIPPEN, Johann Smidt. Ein hanseatischer Staatsmann. Stuttgart/Berlin 1921, S. 95 ff. sowie SCHULZE-SMIDT a. a. O. S. 219 ff.

\* Ms. abgeschlossen im Frühjahr 1970.